

Zeitarbeit unter politischer Beobachtung

Anhörung der CDU-Abgeordneten Gräble und Kiewewetter deutet auf Handlungsbedarf hin

Zeitarbeit: Fluch oder Segen, Job-Chance oder Ausbeutung, ein flexibles Arbeitszeit-Instrument oder nur ein Handel mit der Ware Mensch? – Auf jeden Fall eine bunte Welt, die jenseits aller Schwarzweißmalerei verstärkt die Aufmerksamkeit der Politik auf sich zieht.

ERWIN BACHMANN

Der Begriff von der bunten Welt stammt von der CDU-Europabgeordneten Dr. Inge Gräble, die sich zusammen mit ihrem Bundestagskollegen Roderich Kiewewetter daran gemacht hat, den Themenkomplex Zeit- und Leiharbeit aufzugreifen. Um sich ein Bild von der immer wieder unterschiedlich beschriebenen Lage zu machen, hatten die beiden Politiker mehrere Experten zu einer öffentlichen Anhörung eingeladen, bei der es um die wirtschaftliche Bedeutung, aber auch um Risiken und Nebenwirkungen der Zeitarbeit ging.

Mit am Tisch Norbert Bach, der als Geschäftsführer des Jobcenters Heidenheim einige Fakten zur örtlichen Situation beisteuerte. Demnach entfielen 35 Prozent aller 2012 vorgenommenen Integrationen in den Arbeitsmarkt auf die Zeitarbeit, der für das Jobcenter schon deshalb ein wichtiger Partner ist, weil 60 Prozent der dortigen Kundschaft gering qualifiziert sind und auf dem regulären Arbeitsmarkt so gut wie keine Chance haben. Erfahrungsgemäß sind viele ALG-II-Empfänger dieser mit hoher Flexibilität verbundenen Zeitarbeit aber gar nicht gewachsen, was sich daran zeigt, dass knapp die Hälfte aller Leiharbeitsverhältnisse bereits nach weniger als drei Monate beendet werden.

Hartz IV trotz Zeitarbeit

Der sogenannte Klebeffekt ist überschaubar. Nach Darstellung Bachs finden maximal fünf Prozent der gering Qualifizierten über die Zeitarbeit eine feste Anstellung. Insgesamt beziehen in Stadt und Kreis Heidenheim 300 in Lohn und Brot stehende Personen mit mehr als 800 Euro brutto



Bei der Anhörung zur Zeitarbeit im Katholischen Gemeindezentrum St. Maria schwingen manche Sorgen mit: v. links Heidenheims Arbeits-Agentur-Geschäftsführer Josef Eggstein, Norbert Bach als Leiter des Jobcenters Heidenheim sowie die Abgeordneten Dr. Inge Gräble und Roderich Kiewewetter. Foto: Oliver Vogel

auch noch Hartz IV – ein Drittel davon sind bei Zeitarbeitsunternehmen beschäftigt. Zumindest mit den rund 15 im Kreisgebiet ansässigen Personaldienstleistern hat das Jobcenter „ein gutes Agreement“. Werde Schindluder getrieben, stelle man die Zusammenarbeit ein, so Bach, der in diesem Zusammenhang aber auch feststellte, dass es der Markt ist, der das auch von einheimischen Unternehmen bestimmte Geschehen reguliert.

Bei der Agentur für Arbeit in Heidenheim weiß man, dass aktuell 2,5 Prozent aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, also 1200 Personen, in Zeitarbeit stehen – viele davon im Helfer-Bereich. „Zeitarbeit ist generell nicht unzumutbar“, stellte Geschäftsstellenleiter Josef Eggstein klar, der darauf hinwies, dass niemand unterhalb des Arbeitslosengeld arbeiten müsse („Hoffentlich“, so ein Zuruf aus dem Publikum). Und auch bei der Agentur gilt: Bei unlauterem Geschäftsgebaren gibt's keine Zusammenarbeit mit Zeitarbeitsunternehmen. Die aber offenbar nicht in der Überzahl sind:

„Schwarze Schafe gibt's überall, aber nicht nur.“

Bei der IG Metall indes sieht man deutlich mehr schwarz. „Es gibt schon sehr viele“, sagte Martin Purschke, Gewerkschaftssekretär von der IG Metall Göppingen-Geislingen, der von 80 Leiharbeitsunternehmen spricht, die sich auf dem Heidenheimer Markt tummeln.

Viele Leiharbeiter bei großen Firmen

40 Prozent von ihnen hätten weniger als zehn Beschäftigte, „und da frage ich mich, wie qualifiziert sind die eigentlich.“ Er sieht hier einen sehr deregulierten Markt, dessen Zunahme sich für ihn auch aus der zumal bei Großunternehmen gängigen Praxis erklärt, Zeitarbeit nicht als Personal-, sondern als Sachkosten abzurechnen. „Schönrechnerei“, nennt das der Metaller, der darauf verwies, dass etwa bei Bosch-Stiemens in Giengen ständig über 200 Leiharbeiter und bei Voith Turbo in Mergelstetten 50 Prozent der Belegschaft als Leiharbeiter be-

schäftigt seien. „Da geht es nicht mehr darum, Spitzen abzudecken oder flexibel reagieren zu können“, so Purschke, der sich zudem fragt, warum Leiharbeit so günstig sein muss: „Wenn man das Instrument braucht, soll man's auch bezahlen.“

Auf Ungereimtheiten bei der Bezahlung von Zeitarbeitern ging auch DGB-Regionsvorsitzender Lillo Chianta ein, der davor warnte, geringfügig Beschäftigte zum Spielball werden zu lassen. In diesem Zusammenhang geht sein Blick auch auf die europäische Ebene, der mit der Sorge verbunden ist, dass ausländische Arbeiter nach Deutschland kommen, die noch zu schlechteren Bedingungen beschäftigt werden.

Für Jörn P. Makko, Geschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Südwestmetall, Bezirksgruppe Ostwürttemberg, ist Zeitarbeit ein betriebswirtschaftlich notwendiges Mittel und ein Thema, das keine Skandalisierung verträgt. Er sieht in der Leiharbeit vielmehr den am besten regulierten Markt, auf dem es kaum Schlupflöcher gibt. Zeitarbeit habe zwar über viele Jahre hinweg zugenommen,

sei aber zumindest aktuell von einem Rückgang gekennzeichnet. Nach einer von Südwestmetall kurzfristig gestarteten Umfrage bei Mitgliedsbetrieben seien die Hauptgründe für Zeitarbeit, kurzfristige Personalausfälle auszugleichen und Spitzenzeiten abzudecken sowie flexible Personalplanung zu ermöglichen. Im Wesentlichen seien diese Zeitarbeiter zwischen sechs und 18 Monate lang beschäftigt und hätten gute Übernahmechancen. Sein Wunsch an die Politik: dass auch Zeitarbeitgeber in konjunkturelle Kurzarbeit gehen können.

Die Ehrenrettung der im Rampenlicht stehenden Branche betrieb bei der Anhörung Friedrich Kuch von der Heidenheimer Zeitarbeit- und Personalvermittlungsfirma Pluss, die überwiegend im qualifizierten Bereich tätig ist und nur mit unbefristeten Arbeitsverträgen agiert. Er wandte sich gegen Verallgemeinerungen und die Feststellung, dass die Mehrheit der Zeitarbeitsunternehmen schwarze Schafe seien. „Es sind nicht alle gleich, und wenn es Verstöße gibt, dann kann und soll man sich wehren“, so Kuch, der im übrigen auf eine einfache Formel verwies: „Wir müssen die Leute anständig bezahlen, sonst kriegen wir sie nicht.“ Was auch ein im Publikum anwesender Branchenkollege von Randsstad bestätigte, dem die Seriosität der Zeitarbeits-Zunft so wichtig ist, dass er selbst dafür eintritt, den Unternehmen mehr auf die Finger zu sehen.

Diesen Hinweis fing auch die Politik auf. „Wir müssen die Kontrollen verstärken, damit die geltenden Regeln eingehalten werden“, bilanzierte Inge Gräble am Ende der Veranstaltung und war sich mit Roderich Kiewewetter über die Bedeutung der Qualifizierung einig – die allerdings nach Angaben der Arbeits-Agentur in ihrem finanziellen Handlungsspielraum beschnitten worden ist. „Hier brauchen wir mehr Mittel“, so der Bundestagsabgeordnete, der sich nicht zuletzt durch Personaldienstleister Friedrich Kuch bestätigt sah. Dessen Credo lautet: „Ausbildung, Ausbildung, Weiterbildung“ – und wer's beherzigt, hat gute Chancen, Zeitarbeit links liegen lassen zu können.